Montag, 19.30 Uhr, Parteiarbeiterkonferenz in Dresden, Keglerheim, Friedrichstraße

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen Internationale . Bezirk Sachsen

Verbreitungsgebiet Ostsachsen . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Erdball . Proletarisches Feuilleton . Das Bild der Woche

Anzeigenpreise: die neunmal gespaltene Nonpareillezeile 36 Pf., für Familienanzeigen 20 Pf., Reklamezeile (nicht an den politischen Teil dieser Zeitung) 1,50 Mk. Anzeigenannahme: „Das Inserat", Ges. Inseratenexpedition, Abt. Dresden, Gitterstr. 7, Fr., Tel. 17 253. Postscheck Dresden 205 15. Redaktion: Dr.-A., Güterbahnhofstr. 1, Tel. 17 256. Bezugspreise: frei Haus monatlich 2,30 Mk. (im voraus zahlbar), durch die Post 2 Mk. (zuzüglich Zustellgebühr). Die Arbeiterstimme erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Zurückzahlung des Bezugspreises. Expedition und Auslieferung durch Zeitungsvertrieb Hilde Klostick, Dresden-A., Annenstraße 40.

Tel. 20 021. Postscheckkonto Dresden 20 404. Verantwortlich für Politik: Otto Göbel, Dresden; Ausland: Karl Preusker, Berlin; übriger Teil: Erich Heilmann, Dresden; für Inseratenteil: Fritz Richter, Dresden; Druck und Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft, Dresden-Altstadt 1, Güterbahnhofstraße 1. Telephon 17 256. Postscheckkonto Dresden Nr. 18 600.

8. Jahrgang — Dresden, Sonnabend den 7. Mai 1932 — Nummer 106

Massenproteste gegen das Verbot des proletarischen Freidenkerverbandes:

Polizei schießt auf Protestdemonstrationen!

Zusammenstöße in Delmenhorst, Hamburg und Leipzig . Auch die reformistischen Freidenker von dem Verbot bedroht
Entfacht Massensturm gegen faschistische Kulturreaktion

Bremen, 5. Mai (Eig. Meld.)

In Delmenhorst bildete sich heute spontan ein Demonstrationszug gegen das Verbot der Gottlosenverbände. Zahlreiche sozialdemokratischen Arbeiter nahmen an der Protestkundgebung teil. Polizei griff rücksichtslos ein und machte von der Schußwaffe Gebrauch. Der Arbeiter Schenk erhielt einen Oberschenkelschuß. Erst nach Einsatz größerer Verstärkungen konnte die Polizei die Demonstration der empörten Arbeiter auflösen.

Hamburg, 6. Mai. (Eig. Meld.)

Am Himmelfahrtstage fanden Protestdemonstrationen von Jungarbeitern gegen das Verbot der proletarischen Freidenkerorganisationen statt. In Barmbeck bewegte sich ein starker Zug Jugendlicher, die mit denselben Parolen eine halbe Stunde durch die Arbeiterstraßen Barmbecks demonstrierten. Auch in Barmbeck wurden verschiedene Ansprachen gehalten.

Telunion. Leipzig, 6. Mai

Am Freitagabend hat die KPD eine Kundgebung auf dem Meßplatz unter dem Titel „Versammlung des Internationalen Bundes der Opfer des Krieges und der Arbeit" veranstaltet. Der Anmarsch und die Kundgebung selbst sind ohne Zwischenfälle verlaufen. Nachdem die Kundgebung beendet war, haben sich Haufen gebildet, die namentlich innerhalb der Bannmeile lärmten und tobten, so daß die Polizei einschreiten und die Ansammlungen mit dem Gummiknüppel zerstreuen mußte. Es sind verschiedene Zwangsgestellungen erfolgt.

Dresdner Arbeiterinnen protestieren

Am Donnerstag fand in Dresden eine Betriebsarbeiterinnenkonferenz statt, in der auch eine Protestentschließung gegen das Verbot des Verbandes proletarischer Freidenker einstimmig angenommen wurde. Ueber den Verlauf der Konferenz berichten wir im Innern des Blattes.

Protest der Kriegs- und Arbeitsopfer

In fünf Dresdner Bezirksgruppen des Internationalen Bundes der Opfer des Krieges und der Arbeit fanden in den letzten Tagen Mitgliederversammlungen statt, die sämtlich zum Verbot der proletarischen Freidenker Stellung nahmen. In den Bezirksgruppen Altstadt, Johannstadt, Heidenau, Striesen und Neustadt wurden Entschließungen einstimmig angenommen, in denen die Versammelten gegen das Verbot protestieren, seine sofortige Aufhebung fordern und die Kriegs- und Arbeitsopfer auffordern, gegen Rentenabbau, Notverordnungen und faschistische Generaldiktatur den außerparlamentarischen Kampf zu führen.

Aus dem ganzen Reich mehren sich die Nachrichten über die gewaltige Empörung, die die Notverordnung über die Auflösung der proletarischen Freidenkerverbände unter der Arbeiterschaft, und gerade unter alten sozialdemokratischen Arbeitern hervorgerufen hat.

In den nächsten Tagen darf es keinen Betrieb, keine Stempelstelle und keine proletarische Organisation geben, wo die Arbeiter nicht zu dem Verbot Stellung nehmen. Für die klassenbewußte Arbeiterschaft heißt die Parole:

Wir fordern die Arbeiter in Betrieben und Stempelstellen und allen proletarischen Massenorganisationen auf:

Schließt euch zusammen und verteidigt eure Klassenkampforganisationen, stürmt mit ganzer Kraft gegen die Diktatur des Kapitals!

Nur die Kraft der Arbeiterklasse, die rote Einheitsfront unter revolutionärer Führung

kann den reaktionären Ansturm abwehren und den Faschismus siegreich schlagen.

Kämpft mit uns gegen Hunger, Faschismus und imperialistischen Krieg!

Kämpft gegen neue Arbeitgeberangriffe und Notverordnungspläne, für höheren Lohn!

Kämpft gegen die imperialistischen Kriegshetzer, gegen die politische Knebelung der Arbeiterklasse für eure politischen Rechte, für Aufhebung des RFB-Verbotes!

Kämpft gegen die schwarze Kulturreaktion für Aufhebung des Verbotes der proletarischen Freidenker!

Sozialdemokratische Arbeiter! Heraus aus der Hindenburg-Front, hinein in unsere rote Einheitsfront!

Christliche Arbeiter, her zu uns! Freidenkerverbote machen eure Kinder nicht satt, geben euren Frauen kein Brot und euch keine Arbeit!

Arbeiter im Deutschen Freidenkerverband, ihr werdet von der Kulturreaktion genau so unterdrückt wie eure Klassenbrüder im revolutionären Lager.

Schließt euch zusammen in der roten Einheitsfront, dann seid ihr stark!

Kämpft in roter Einheitsfront gegen Kulturreaktion!

Es lebe der sozialistische Freiheitskampf!

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands

Massenprotest gegen Diktatur!

Arbeiter, Werktätige in Stadt und Land!

Durch Notverordnungen wurden der Verband proletarischer Freidenker, die proletarische Freidenkerjugend und die proletarischen Freidenkerpioniere von der Brüningregierung verboten. Das Verbot der proletarischen Freidenkerbewegung ist ein Alarmsignal für alle proletarischen Organisationen zum gemeinsamen scharfsten Kampf gegen die herrschende Klasse, die mit faschistischen Methoden die revolutionäre Arbeiterbewegung knebeln und die Kampfkraft des Proletariats brechen will.

Wenige Wochen nachdem die sozialdemokratischen Führer Hindenburg als „Retter der Demokratie" priesen, schrie die Hindenburgpresse, nicht zufrieden mit den bisherigen Verboten, schon nach dem Verbot des Deutschen Freidenkerverbandes, dessen Leiter auf den Machtspruch des Zentrums hin, von der sozialdemokratischen Landtagsliste zurücktreten mußte.

Hindenburg, Brüning und Groener haben durch weitere Notverordnungen die proletarischen Wehrorganisationen soweit sie nicht schon verboten sind,

unter Staatsaufsicht gestellt!

Die klerikale Kulturreaktion hält immer frecher vor. Die Arbeiterthaterbewegung wird unterdrückt. Die proletarische Literatur wird beschlagnahmt. Die proletarischen Filme werden von der Zensur verboten. Im Radio wächst die unverhüllte Kriegshetze gegen die Sowjetunion.

Die Arbeiterklasse muß in geschlossener Einheitsfront dieser Reaktion, die sich mit Notverordnungsdiktatur behauptet, einen Damm entgegensetzen und zum Gegenangriff übergehen.

Wir wenden uns an alle Mitglieder der proletarischen Kulturorganisationen, wir wenden uns besonders an die Mitglieder des Deutschen Freidenkerverbandes, an die sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Arbeiter. Wir rufen der ganzen Arbeiterklasse und allen Werktätigen zu:

Entfaltet eine mächtige Protestaktion in allen Kreisen der werktätigen Bevölkerung!

Organisiert den Massenkampf gegen die Verbotsmaßnahmen, gegen die Kulturreaktion. Greift die Reaktion an ihrer verwundbarsten Stelle an. Eure Antwort auf das Verbot der proletarischen Freidenker kann nur sein und muß heißen:

Heraus aus der Kirche!

Marschiert auf zu Massenaustritten aus der Kirche! Ihr darbenden Erwerbslosen, ihr Kurzarbeiter, Ihr Arbeiter und Angestellten mit Hungerlöhnen und Notverordnungsgehältern!

In Stadt und Land Hunderttausende von Kirchenaustritten, das ist die richtige Antwort auf den Versuch, mit faschistischen Methoden die klerikale Machtposition zu sichern.

Notverordnungen, die den Arbeitslohn und die Erwerbslosenunterstützung abbauen, Notverordnungen, die der Arbeiterklasse die politischen Rechte nehmen, Notverordnungen, die das proletarische Kulturleben, den kulturellen Klassenkampf unterdrücken, das ist das Bild der kapitalistischen Gesellschaft, deren letzter Ausweg Krieg gegen die Sowjetunion heißt!

Der Kampf der Bauarbeiter!

Zwei Dresdner Baustellen erneut im Streik

Die Baustellen der Fa. Steinert sind gestern erneut in den Streik getreten. Der BGB-Angestellte Seidel hatte die Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit für den Lohn von 65 bzw. 75 Pfennig überredet. Auf einer Baustelle in Bühlau arbeitet ein Freitaler Maurer als Streikbrecher. Die Baustelle in Löbtau steht geschlossen im Streik.

Die mit den Abräumungsarbeiten am wandernden Berg bei Falkenau beschäftigten Arbeiter (Zimmerer, Baggerführer, Schlosser usw.) der Firma Hofmann-AG stellten am Sonnabend dem Unternehmer ein Ultimatum, daß die Arbeit niedergelegt würde, wenn die neuen Lohnsätze gezahlt werden sollten. Angesichts der Einmütigkeit der Belegschaft war die Firma gezwungen, die alten Lohnsätze weiter zu zahlen.

Riesige Erwerbslosendemonstrationen gegen Unterstützungsabbau

Chemnitz, 6. Mai (Eig. Drahtb.)

Heute demonstrierten in Chemnitz und im Erzgebirge in vielen Orten die Erwerbslosen, unter denen schon seit Tagen infolge gekürzter Unterstützungssätze die größte Erregung herrschte. Ueberall marschierten die Erwerbslosen vor den Wohlfahrtsämtern und Rathäusern auf und verlangten die Auszahlung der vollen Unterstützungssätze.

An der Demonstration in Chemnitz beteiligten sich mehrere tausend Erwerbslose. Die Straßen der Innenstadt waren schwarz voll Menschen.

Die Polizei ging mit Gummiknüppeln vor und schlug die versammelten Erwerbslosen auseinander.

Einen vollen Erfolg errangen die Erwerbslosen in Schönau bei Chemnitz, wo unter Führung des Erwerbslosenausschusses 500 Opfer des Hungers demonstrierten. Die Gemeindeverwaltung mußte die volle Auszahlung der Unterstützungssätze bewilligen.